Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	09.04.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Erlass des Landes NRW zur Haushaltskonsolidierung

Sachverhalt:

Das Land Nordrhein-Westfalen hat am 07.03.2013 einen neuen Erlass zur Haushaltskonsolidierung bekannt gegeben. Die Auswertung im Amt für Finanzen und Beteiligungen hat zusammengefasst folgende Erkenntnisse hervorgebracht:

- Der Erlass zur Haushaltskonsolidierung ersetzt insbesondere die bisherigen Erlasse des Landes zum geänderten § 76 GO NRW vom 09.08.2011 sowie zum Stärkungspaktgesetz vom 27.03.2012 und soll eine landeseinheitliche Grundlage darstellen.
- Inhaltlich ergeben sich für die Haushaltsplanung der Gemeinden im Lande NRW keine Veränderungen gegenüber der bisherigen Erlasslage.
- Der per Erlass zum 30.09.2012 aufgehobene Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ kann hinsichtlich der Form und der Prüfungsgegenstände auch weiterhin als Orientierung dienen, soweit der neue Erlass nichts Abweichendes regelt.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Stadt Bielefeld nicht zu den Stärkungspaktkommunen gehört, wird nachfolgend ein kurzer Überblick über die für die Haushaltsplanung relevanten Regelungen gegeben:

1. Ein Haushaltsausgleich ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt verpflichtend vorzunehmen, ein freiwilliges Strecken von schneller umsetzbaren Konsolidierungsmaßnahmen bleibt unzulässig.
2. Ein (einmal) genehmigter Konsolidierungszeitraum bleibt für die vorzulegenden Fortschreibungen des Haushalts sicherungskonzeptes verbindlich. Ein Hinausschieben des Endzeitpunktes kommt nur bei nicht absehbaren und von der Gemeinde nicht zu beeinflussenden erheblichen Veränderungen der finanziellen Situation in Betracht. Hierzu bedarf es der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

3. Weiterhin dürfen auch solche Maßnahmen das Haushaltssicherungskonzept einbezogen werden, deren Wirtschaftlichkeit sich nur über einen längeren Zeitraum darstellen lässt. Die finanzwirtschaftliche Situation der Gemeinde muss im Konsolidierungszeitraum hierdurch verbessert werden.
4. Im Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum sind die Orientierungsdaten unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten anzuwenden.
5. Für die Zeit nach dem Orientierungsdatenzeitraum ermittelt jede Gemeinde individuell in Anlehnung an das sog. Geometrische Mittel die Wachstumsraten für folgende Ansätze:
 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
 - Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
 - Gewerbesteuer (brutto)
 - Grundsteuer A und B
 - sonstige Steuern und ähnliche Einzahlungen
 - Schlüsselzuweisungen
 - Landschaftsumlage
 - Sozialtransferaufwand (soweit eine Berechnung der Wachstumsraten möglich ist).
6. Für die nachfolgenden Ansätze sind entsprechend den Vorgaben der Orientierungsdaten die Plandaten für das letzte Jahr des Orientierungsdatenzeitraumes fortzuschreiben:
 - Personalaufwand
 - Sach- und Dienstleistungsaufwand
 - Sozialtransferaufwand (soweit keine Berechnung der individuellen Wachstumsraten für die Gemeinde möglich ist)
7. Abweichungen von den unter Ziffer 4. und 5 dargestellten Wachstumsraten sind mit Rücksicht auf örtlichen Besonderheiten möglich, soweit diese von der Gemeinde nachvollziehbar dargelegt werden.
8. Die Wachstumsraten sind jährlich auf der Grundlage aktuelle Daten anzupassen bzw. fortzuschreiben.

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Löseke, Stadtkämmerer